

Das Milchbauern-Manifest zu Mainz

zur Agrarministerkonferenz vom 25. – 27. Sept. 2019

Endlich aufwachen – das Haus für eine zukunftsfähige Landwirtschaft bestellen

Sektorstrategie-Haus ist – anders als die Grünen Kreuze – nicht nur Mahnung, sondern auch Lösung

Unter den Landwirten macht sich zunehmend Frustration und Resignation breit. Permanenter Kostendruck, daneben auch die emotional geführten Debatten um Klima-, Natur- und Wasserschutz und Tierwohl, sowie der Eindruck, die Politik verweigert sich konsequent den strukturellen Lösungsvorschlägen, die die Bäuerinnen und Bauern einbringen, sind dafür verantwortlich. Die Bäuerinnen und Bauern wären bereit für echte Veränderungen, durch die sie unabhängiger von Steuergeldern würden. Sie stellen aber fest, dass immer nur an kleinen Stellschrauben gedreht wird, die ihre Situation noch weiter zuspitzen, während wichtige strukturelle Veränderungen, die die Ursache der Probleme angehen, unterbleiben. „Aufwachen“ – lautet daher das Motto einer Aktion der Milchbäuerinnen und Milchbauern in Mainz.

Viele Missstände, die nicht zu leugnen sind, sind Folge der Ausrichtung der Agrarpolitik und eines modernen Lebensstils, bei dem Lebensmittel aufgrund ihrer Überfülle als nahezu wertlos wahrgenommen werden. Die Bäuerinnen und Bauern haben jedoch angesichts der aktuellen Debatten den Eindruck, für diese Fehlentwicklungen persönlich haftbar gemacht zu werden. In diesem Zusammenhang bietet das Agrarpaket den Verbänden der Ernährungs- und auch der Molkereiindustrie eine Steilvorlage für Diskussionen, die die Landwirtschaft auf die Bäume treibt.

Angesichts des enormen Kostendrucks, unter dem die Landwirtschaft steht, werden auch weniger gravierende Einzelmaßnahmen in der Summe als der berühmte Tropfen bewertet, der das Fass zum Überlaufen bringt. Die Tatsache, dass von den Bauern regional mehr Maßnahmen für Artenvielfalt, Tierwohl, Klima- und Gewässerschutz eingefordert werden, aber gleichzeitig auf europäischer bzw. globaler Ebene der Markt mit Freihandelsabkommen wie Mercosur weiter geöffnet und noch stärker unter Druck gesetzt wird, konterkariert die Bemühungen der Landwirte und wird als Schizophrenie empfunden. Wie kann es sein, dass die Landwirtschaft als hoch klimarelevant bewertet wird und gleichzeitig den Interessen der Industrie so leichtfertig geopfert wird?

Wir Bäuerinnen und Bauern werden seit vielen Jahren mit Preisen für die von uns erzeugten Lebensmitteln abgespeist, die die Produktionskosten in fast allen Sektoren bei Weitem nicht decken. Der Milcherzeugerpreis liegt derzeit sowohl im Biobereich wie auch für konventionell erzeugte Milch mindestens 10 Cent/kg unter den Vollkosten. Weibliche Nutzkälber sind seit Wochen unverkäuflich, für Bullenkälber liegt der Einstiegsbereich bei 10 Euro pro Kopf für die Rasse Schwarzbunt. Auch für Kälber von Zweinutzungsrasen sind die zu erlösenden Preise alles andere als wirtschaftlich. Die Erlöse für Schlachtkühe bewegen sich auf einem Preisniveau, das rund 50 Prozent unter dem Niveau Anfang der 1980er Jahre liegt. Ähnliches gilt für den Marktfruchtbaubereich, im Zuckerbereich herrscht ebenfalls eine miserable Stimmung. Auch die Preise für Holz sind im Keller: Erlöste man 1980 noch rund 200 DM pro Festmeter Nutzholz, erhält man heute oft nur noch ein Drittel dessen. Die Konzerne der Verarbeitungs- und Ernährungsindustrie verdienen gut an der Landwirtschaft, während in der Landwirtschaft seit langem nicht mehr genug verdient wird. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Konzerne auf Kosten der landwirtschaftlichen Betriebe Gewinne machen.

Mit Substanzverbrauch, Verschuldung und Quersubventionierung über andere Landwirtschaftsbereiche oder Arbeiten außerhalb der Landwirtschaft reagieren die Milchviehhalter auf die praktisch dauerhafte Kostenunterdeckung in der Milchviehhaltung. Das schwächt die Milchviehbetriebe nachhaltig statt sie zukunftsfähig aufzustellen und leistungsfähig zu machen für die zahlreichen und zunehmenden Herausforderungen und Aufgaben, die in den Bereichen Klimaschutz, Umweltschutz und Tierwohl ganz konkret auf sie zukommen.

Diese desaströse Situation leitet sich aus dem Ziel der MacSharry-Reform ab, die Preise für Agrarprodukte zu senken und damit die Ernährungsindustrie auch nach Abbau der Exporterstattungen weltweit wettbewerbsfähig zu machen. An der wirtschaftlich mehr als unbefriedigenden Situation ändert sich auch durch die seit 1992 praktizierte Gewährung von Ausgleichszahlungen für die durch die Reform entstandenen Einkommensverluste nichts Wesentliches. Mit der Agenda 2000 wurde das politische Ziel, durch Preissenkungen die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, sogar noch bestärkt.

Einhergehend mit der Ausrichtung der Agrarpolitik auf globale Wettbewerbsfähigkeit der Ernährungsindustrie ist eine deutliche Zunahme des Imports von Futtermitteln aus Drittlandstaaten festzustellen. Umgerechnet auf die für die Erzeugung der Importfuttermittel notwendige Produktionsfläche werden dafür rund 50 Mio. Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche benötigt. Oft werden dafür Flächen in natursensiblen Gebieten gerodet, der dortigen Bevölkerung die Flächen für die heimische Nahrungsmittelproduktion entzogen und mit Produktionsmethoden gearbeitet, die weder sozialen noch ökologischen Anforderungen gerecht werden.

In die EU, und hier vor allem in die Intensivgebiete der Tierproduktion, werden mit diesen Importfuttermitteln riesige Mengen an Nährstoffen importiert. Unverständlich ist, wenn man sich dann noch wundert, dass zunehmend Probleme mit der Wasserqualität, aber auch mit klimaschädlichen Gasen entstanden sind. Auf die Spitze getrieben wird dieses Agrarsystem, wenn in immer wiederkehrenden Marktverwerfungen die mit Hilfe von Importfuttermitteln erzeugten Milchprodukte u.a. mit staatlichen Hilfsprogrammen mangels Nachfrage eingelagert werden müssen, um anschließend unter dem Einstandspreis in Drittlandmärkte exportiert zu werden.

Dass ein „Weiter so“ nicht vertretbar ist und Handlungsbedarf dringend gegeben ist, sollte auf der Hand liegen. Es gilt, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen und strukturelle Probleme des Milchmarkts in Angriff zu nehmen. Dafür muss die Politik aktiv werden.

Rahmenbedingungen schaffen

Um aus dieser desaströsen Situation herauszukommen, brauchen wir weitreichende Veränderungen in der politischen Ausrichtung der EU-Agrarpolitik. Es reicht kein Agrarpaket, es reicht keine Umverteilung der zur Verfügung stehenden Agrargelder, es reichen keine Verschärfungen durch Ordnungsrecht.

Wir brauchen eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik auf die Interessen der Bäuerinnen und Bauern, der Menschen, der Umwelt und des Klimas sowie nötige Maßnahmen für das Tierwohl. Nicht mehr die Gewinnmaximierung der Konzerne darf im Vordergrund stehen, der Vitalität der ländlichen Räume und der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft sind oberste Priorität zuzumessen. Wir müssen Schritt für Schritt unabhängiger werden von Importfuttermitteln, das Denken in Kreisläufen ist in den Vordergrund zu stellen. Wir bitten Sie als Ministerinnen und Minister, sich dafür vehement einzusetzen.

Eine Schlüsselfunktion für die Erreichung der zunehmend auch umweltpolitischen Ziele der GAP nimmt das Einkommen der Landwirte ein. Solange Direktzahlungen weniger Ausgleichs- als vielmehr eine elementare Einkommenskomponente darstellen, sind die Möglichkeiten echter Politikgestaltung relativ begrenzt.

Unerlässlich ist es daher, dass **mit der GAP auch die Gemeinsame Marktordnung in Angriff** genommen wird. Die GMO muss so ausgestaltet werden, dass sich die Betriebe wirtschaftlich nachhaltig aus den Verkaufserlösen ihrer Produkte weiterentwickeln können – nur so hat man die nötige (auch finanzielle) „Beinfreiheit“ für eine sinnvolle Ausgestaltung der GAP-Ziele.

Strukturelle Probleme in Angriff nehmen

Ein besonderes Augenmerk ist auf die **Verhinderung von Marktkrisen** zu legen. Mit der Neufassung der GMO muss auf EU-Ebene unmissverständlich die Installation eines Instrumentariums ermöglicht werden, das Krisen wirkungsvoll entgegenwirkt.

Weiterer Handlungsbedarf besteht in der **Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter**. Gerade im Bereich der Milchviehhaltung besteht hier erheblicher Verbesserungsbedarf. Eine Preisfindung nach dem Upside-down-Prinzip, bei dem die Milchviehhalter zu Restgeldempfängern degradiert werden, ist nicht länger akzeptabel.

Agrargelder werden auch weiterhin benötigt. Sie dürfen nicht nur Ausgleich, sondern müssen Anreiz sein, konkrete Leistungen für Klima-, Umwelt- und Naturschutz erbringen zu können. Insbesondere auch müssen die Gelder in Regionen, die klimatisch und geologisch benachteiligt sind, gelenkt werden.

Zukunft Milchmarkt bauen – das Haus bestellen für gesunde, leistungsfähige Milchviehbetriebe

Die Milchviehhalter des BDM errichten in Mainz zur Agrarministerkonferenz unter dem Motto „Zukunft Milchmarkt bauen“ erneut ein großes und stabiles Haus (Grundfläche 5x5 m, Höhe 6,45 m), das die Sektorstrategie 2030 des BDM sinnbildlich darstellt. Damit verdeutlichen sie, dass die Milchviehhalter bereit sind, ihren Teil zu leisten, wenn es darum geht, ihre Zukunft aktiv zu gestalten und an der Zukunft für den Milchmarkt mitzubauen. Die Politik wird aufgefordert, dieses „Bauprojekt“ nach Kräften und mit entsprechender Kompetenz zu unterstützen.

Der BDM e. V. hat sich bei der Erarbeitung seiner Sektorstrategie 2030 an den Erkenntnissen der Sektoruntersuchung Milch des Bundeskartellamtes orientiert und entsprechende Schlüsse und Erfordernisse daraus abgeleitet. Die mögen auf den ersten Blick in einigen Bereichen möglicherweise etwas visionär anmuten, machen aber deutlich, dass es gravierende und grundlegende Veränderungen im Milchmarktbereich zum Wohl einer bäuerlich geprägten Milchviehhaltung braucht.